

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 09.06.2026)

Titel: GP: Personelle Ausstattung der Schulen

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Personelle Ausstattung der Schulen" mit*
2 *folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Wir alle wissen, dass eine gute Bildung nur mit ausreichend Personal an Schulen
4 möglich ist. Dennoch erleben Schülerinnen und Schüler täglich die Folgen eines
5 Bildungssystems, das seit Jahren an Personalmangel leidet. Unterricht fällt aus,
6 Vertretungsstunden ersetzen regulären Fachunterricht, individuelle Förderung
7 bleibt auf der Strecke und Lehrkräfte arbeiten vielerorts an ihrer
8 Belastungsgrenze. Gleichzeitig steigen die Anforderungen der Schule gegenüber
9 ständig. Die Kreisschüler:innenvertretung ist überzeugt: Gute Bildung braucht
10 genügend Personal! Deshalb fordern wir Maßnahmen zur dauerhaften Stärkung aller
11 pädagogischen Berufsgruppen an Schulen.

12 Der Mangel an Lehrkräften ist eines der größten Probleme im Bildungswesen.
13 Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf zuverlässigen Unterricht und
14 gleiche Bildungschancen, unabhängig von Schulform oder Wohnort. Dieses Recht
15 wird durch den anhaltenden Personalmangel immer mehr gefährdet. Wir fordern
16 daher eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels, die sowohl
17 die Ausbildung neuer Lehrkräfte als auch die langfristige Bindung bestehender
18 Lehrkräfte in den Blick nimmt. Darüber hinaus müssen Schulen bei unbesetzten
19 Stellen schneller und einfacher unterstützt werden. Dauerhafte
20 Unterrichtsausfälle dürfen nicht zur Normalität werden.

21 Es reicht nicht aus, nur auf mehr Lehrkräfte zu setzen. Schulen sind heute viel
22 mehr als Orte der Wissensvermittlung. Sie übernehmen wichtige soziale Aufgaben
23 und sind oft die erste Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler bei

persönlichen, familiären oder psychischen Problemen. Deshalb fordern wir den umfassenden Ausbau der Schulsozialarbeit. Jede Schule muss dauerhaft Zugang zu genügend Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen haben. Diese Stellen dürfen nicht von befristeten Förderprogrammen oder kommunalen Haushaltslagen abhängen, sondern müssen langfristig und zuverlässig finanziert werden. Schulsozialarbeit ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern ein unverzichtbarer Teil einer modernen Schule.

Angesichts der zunehmenden psychischen Belastungen junger Menschen fordern wir zudem einen stärkeren Ausbau schulischer Beratungs- und Unterstützungsangebote. Schülerinnen und Schüler müssen schnell Hilfe bekommen können, bevor Probleme zu Krisen werden. Dazu gehören genügend Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, eine bessere Zusammenarbeit mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner an jeder Schule.

Darüber hinaus setzen wir uns für multiprofessionelle Teams an allen Schulen ein. Lehrkräfte müssen durch pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und weiteres unterstützendes Personal entlastet werden. Nur so kann ausreichend Zeit für Unterricht, individuelle Förderung und pädagogische Arbeit geschaffen werden. Die Herausforderungen von Inklusion, Integration und individueller Förderung können nicht allein von Lehrkräften gemeistert werden.

Die Kreisschüler:innenvertretung fordert daher eine nachhaltige Personaloffensive für Schulen. Bildung darf nicht an fehlendem Personal scheitern. Jede Schülerin und jeder Schüler hat Anspruch auf eine Schule, die ausreichend ausgestattet ist, verlässlichen Unterricht gewährleistet und bei schulischen sowie persönlichen Herausforderungen Unterstützung bietet. Investitionen in Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie weitere pädagogische Fachkräfte sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb müssen sie endlich die politische Priorität erhalten, die ihnen zusteht.

Begründung

erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 09.06.2026)

Titel: GP: Nachhaltigkeit

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Nachhaltigkeit" mit*
2 *folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Schule muss nachhaltig werden: Das heißt, ein größeres Bewusstsein für
4 Nachhaltigkeit wie sparsame Ressourcennutzung und erneuerbare Energien, also
5 Klima- und Umweltschutz, soll geschaffen werden. Um dies zu fördern, soll die
6 Bildung für nachhaltige Entwicklung vorangetrieben werden. Dafür muss es an
7 jeder Schule ein:en BNE-Beauftragte:n im Lehrerkollegium geben.

8 Zusätzlich ist es wichtig, dass die Schüler:innen im Schulalltag nachhaltiges
9 Handeln mitbekommen und darüber hinaus durch Projekte oder Aktionen zu
10 umweltbewusstem Handeln befähigt werden. Deshalb sollen in Schulen weniger
11 Ressourcen verbraucht, nachhaltigere Alternativen verwendet, vollkommenes
12 Recyceln des Abfalls eingeführt, nur Strom aus erneuerbaren Energien bezogen,
13 nachhaltig sowie klimaneutral produzierte Lebensmittel angeboten und die
14 Schüler:innen in die dafür notwendigen Prozesse eingebunden werden.

15 Das KSP fordert hierbei, dass der Kreis Pinneberg und die Schulträger ihren
16 Handlungsspielraum ausschöpfen und das Pariser Klimaabkommen auch im Bereich
17 Schule und Bildung umsetzen. Dazu gehört, dass die Schulen als öffentliche
18 Gebäude umgerüstet werden, sodass der gerechte Beitrag zur deutschlandweiten
19 Klimaneutralität im Jahr 2035 geleistet wird. Schulen sollen verpflichtend
20 Photovoltaikanlagen und Solaranlagen auf ihren Schuldächern installieren, sofern
21 dies baulich möglich und effizient ist. Bei Neubauten muss dies von vornherein
22 berücksichtigt werden. Außerdem sollten Schulen grüne Energie beziehen und diese
23 möglichst effizient nutzen.

Es sollte nachhaltiges Papier verwendet werden, welches entweder durch umweltschonende Ressourcen oder durch einen Recyclingprozess vom Wegwerfen hin zum Wiederverwenden deutlich weniger unsere Umwelt beansprucht.

Des Weiteren soll stark und bewusst auf die Mülltrennung geachtet werden, damit der Abfall vollständig recycelt werden kann. Dafür müssen in jedem Unterrichtsraum drei Mülleimer zur Verfügung stehen. Außerdem sollte sich möglichst früh mit dem richtigen Umgang und der Mülltrennung beschäftigt werden und z.B. im Rahmen des Geografieunterrichts fortlaufend ein Auge auf die Mülltrennung geworfen werden.

Ein kostenloses, freiwilliges, ausgewogenes, vollwertiges und biologisch wertvolles Mittagessen, welches das soziale Miteinander aller an Schule beteiligten Menschen fördert, soll den Vormittagsunterricht mit dem Nachmittagsunterricht verbinden. Dieses Mittagessen soll vegetarisch sein und mindestens ein veganes Gericht soll angeboten werden müssen. Darüber hinaus muss in Absprache mit Schüler:innen und Eltern bei Bedarf und wenn möglich ein mit den religiösen Werten betroffener Schüler:innen vereinbartes Angebot bereitgestellt werden.

Schulen müssen ein Konzept für nachhaltige Ernährung entwickeln und dabei darauf achten, dass Mensaessen aus Nahrungsmitteln zusammengestellt sind, welche umwelt- und bodenschonend erzeugt wurden.

Schulen sollen, wenn es die geografische Lage erlaubt, gemeinsam mit der Schüler:innenschaft Obst- und Gemüsegärten anlegen und dadurch den Schüler:innen ein stärkeres Bewusstsein für ihre Nahrung vermitteln. Wenn möglich, sollen die Schulen die Produkte selbst verarbeiten oder verkaufen und den Betrag für nachhaltige Projekte nutzen.

An den Schulgebäuden im Kreis soll eine Energieinfrastruktur errichtet werden, die auf eine smarte und nachhaltige Energienutzung der Räumlichkeiten ausgelegt ist. Dafür soll der Kreis Pinneberg die finanziell schwach aufgestellten Schulträger unterstützen und die Kosten mithilfe des Bundes vollständig übernehmen.

Der ÖPNV, der den Schulweg darstellt, darf nur noch mit umweltfreundlichen und emissionsfreien Verkehrsmitteln betrieben werden, um den Emissionsausstoß gegen null zu senken und den menschengemachten Klimawandel zu verlangsamen und langfristig zu stoppen.

Jede Schule soll verpflichtend bei dem Wahlpflichtunterrichtsangebot mindestens

59 ein Projekt zum Thema BNE zur Auswahl stellen, sofern dies personell und
60 strukturell möglich ist..

61 Außerdem soll ein Nachhaltigkeits-Team berufen werden. Dies soll gleichmäßig
62 durch Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern besetzt sein. Die Ergebnisse des
63 Teams sollen von der Schulkonferenz verpflichtend in Form von Anträgen behandelt
64 werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Berufsorientierung an Schulen

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Absatz "Berufsorientierung an Schulen" mit*
2 *folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Viele Schüler:innen stehen vor der Herausforderung, sich zwischen zahlreichen
4 Ausbildungs-, Studien- und Berufsmöglichkeiten entscheiden zu müssen. Oft fehlen
5 jedoch praxisnahe Einblicke und direkte Kontakte zu Betrieben, Hochschulen und
6 anderen Bildungseinrichtungen. Dadurch fällt es vielen jungen Menschen schwer,
7 eine fundierte Entscheidung für ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg zu
8 treffen.

9 Eine stärkere Berufsorientierung kann dazu beitragen, Interessen und Fähigkeiten
10 frühzeitig zu erkennen und realistische Einblicke in verschiedene Berufsfelder
11 zu erhalten. Gleichzeitig profitieren regionale Unternehmen davon, potenzielle
12 Nachwuchskräfte kennenzulernen und frühzeitig mit ihnen in Kontakt zu treten.

13 Dabei sollte Berufsorientierung nicht nur durch einzelne Veranstaltungen
14 stattfinden, sondern stärker im Schulalltag verankert werden. Dazu zählen eine
15 frühzeitige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit Berufsbildern im
16 Unterricht, regelmäßige Informationen zu Praktika und Bewerbungsprozessen sowie
17 praxisnahe Übungen wie das Erstellen von Lebensläufen oder das Trainieren von
18 Vorstellungsgesprächen im Klassenverband.

19 Der Kreisschüler:innenparlament fordert daher die Stärkung der
20 Berufsorientierung im Kreisgebiet. Hierfür sollen regelmäßig regionale
21 Berufsmessen veranstaltet sowie die Zusammenarbeit zwischen Schulen,
22 Unternehmen, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen ausgebaut werden.

23 Ergänzend sollen Betriebserkundungen, Praktikumsbörsen, Bewerbungstrainings und
24 Informationsveranstaltungen zu Ausbildungs und Studienmöglichkeiten gefördert
25 werden. Auch sind genügend Praktikumsmöglichkeiten, welche auch über schulische
26 Pflichtpraktika hinausgehen, wichtig

Begründung

Erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Mobilität

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Mobilität" mit folgenden Inhalten zum*
2 *Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Im Mittelpunkt der Verkehrspolitik sollte die gezielte Förderung des
4 öffentlichen Nahverkehrs sowie der konsequente Ausbau des ländlichen ÖPNV
5 stehen. Lange Zeit wurde davon ausgegangen, dass Mobilität vor allem über den
6 motorisierten Individualverkehr funktioniert. Gerade für Schülerinnen und
7 Schüler entspricht das jedoch häufig nicht der Realität.

8 Für Jugendliche ergeben sich bei der eigenständigen Mobilität meist zwei
9 zentrale Möglichkeiten: Für längere Strecken die Nutzung von Bahn oder
10 Busverbindungen beziehungsweise Ersatzverkehren, für kürzere Wege vor Ort der
11 Bus oder das Fahrrad. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den planerischen
12 Schwerpunkt deutlich stärker auf den Ausbau eines zuverlässigen, eng getakteten
13 und flächendeckenden ÖPNV-Netzes sowie auf sichere und gut ausgebaute Radwege zu
14 legen.

15 Im Umfeld von Schulen sollen Straßen konsequent verkehrsberuhigt werden,
16 insbesondere durch die Einrichtung und Durchsetzung von Tempo-30-Zonen. Ziel ist
17 eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Beteiligten im
18 Schulumfeld, insbesondere für Kinder und Jugendliche, die zu den besonders
19 gefährdeten Verkehrsteilnehmenden zählen. Der Schulweg darf nicht durch unnötige
20 Gefährdungen, insbesondere durch den Autoverkehr, beeinträchtigt werden.

21 Darüber hinaus sollte die Verkehrssicherheitsbildung für Radfahrende auch über
22 das Grundschulalter hinaus systematisch ausgebaut werden, um sicheres Verhalten

23 im Straßenverkehr zu fördern und Konflikte zwischen verschiedenen
24 Verkehrsteilnehmenden zu reduzieren.

25 Ergänzend sind an allen Schulen ausreichend Fahrradstellplätze bereitzustellen.
26 Zusätzlich sollte ein flächendeckendes Netz an Fahrrad-Reparaturstationen
27 aufgebaut werden. Jede Schule sollte mindestens über eine eigene
28 Reparaturmöglichkeit sowie über ein Angebot zum Verleih von Fahrradschlössern
29 verfügen.

30 Alle Schulen benötigen eine gute und direkte Anbindung an den öffentlichen
31 Nahverkehr. Die Taktung der Busverbindungen sollte dabei stärker an die
32 Schulzeiten und Stundenplanstrukturen angepasst werden, um eine verlässliche
33 Erreichbarkeit zu gewährleisten.

34 Das Deutschlandticket sollte allen Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur
35 Verfügung gestellt werden, um soziale Teilhabe und Chancengleichheit unabhängig
36 vom Wohnort sicherzustellen. Ebenfalls sollten Azubis und Studierende auch ein
37 kostenfreies Deutschlandticket erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Mentale Gesundheit

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Mentale Gesundheit" mit folgenden*
2 *Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Die psychische Gesundheit von Schüler:innen, Lehrkräften und allen an Schulen
4 Beteiligten steht zunehmend unter Druck, verstärkt durch die Folgen der Corona-
5 Pandemie. Es ist daher notwendig, ein ganzheitliches Konzept zur Förderung der
6 psychosozialen Gesundheit auf lokaler Ebene zu entwickeln und sichtbar zu
7 machen.

8 1. Sichtbarkeit und Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten

9 Um Schüler:innen und Familien den Zugang zu psychosozialen Hilfen zu
10 erleichtern, müssen bestehende Angebote besser sichtbar gemacht und stärker an
11 die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden:

- 12 - Digitale Plattformen: Einrichtung einer zentralen Informationsplattform nach
13 dem Vorbild bestehender Angebote, auf der Unterstützungsangebote und
14 Ansprechpartner:innen übersichtlich und leicht auffindbar sind.
- 15 - Integration in Schulmedien: Verlinkung dieser Plattform auf Schulwebseiten
16 sowie Einbindung in Lernplattformen wie IServ oder itslearning. Ergänzend sollen
17 Social-Media-Kanäle genutzt werden, um die Reichweite zu erhöhen.
- 18 - Erreichbarkeit vor Ort: Regelmäßige Infotage an Schulen sowie Plakate und
19 Flyer, die gezielt auf Hilfsangebote aufmerksam machen.
- 20 - Innovative Ansätze: Entwicklung eines digitalen Tools (z. B. Quiz oder
21 Umfrage), das durch gezielte Fragen passende Unterstützungsangebote aufzeigt.

2. Ausbau der psychosozialen Unterstützung an Schulen

Schulen benötigen eine deutlich bessere personelle und strukturelle Ausstattung, um die psychische Gesundheit nachhaltig zu stärken:

- Schulpsychologie: Schrittweiser Ausbau hin zu einem Betreuungsschlüssel von etwa 1:1000 entsprechend fachlicher Empfehlungen.

- Schulsozialarbeit: Deutliche Aufstockung von Schulsozialarbeiter:innen und schulischen Assistenzkräften, um niedrigschwellige Unterstützungsangebote sicherzustellen (Ziel: etwa 1:150).

- Fortbildungen: Regelmäßige Schulungen für Lehrkräfte und schulisches Personal im Umgang mit psychischen Belastungen, in der Sensibilisierung für individuelle Bedürfnisse sowie im sicheren Umgang mit digitalen Endgeräten, um moderne Unterrichtsformate zuverlässig umzusetzen.

3. Verbesserung der Schulkultur und Prävention

Eine gesunde Schulkultur kann entscheidend dazu beitragen, psychosoziale Belastungen zu reduzieren:

- Entzerrung des Schulalltags: Reduktion von Prüfungsbelastungen sowie eine insgesamt ausgewogenere Gestaltung von Tages- und Wochenstrukturen.

- Achtsamkeit und Resilienz: Einführung und Förderung von Programmen zur Stärkung der mentalen Gesundheit, etwa durch Workshops zu Stressbewältigung und Achtsamkeit.

- Zeit für Erholung: Stärkere Berücksichtigung von Erholungsphasen im Schulalltag im Sinne des Prinzips „Luftholen statt Aufholen“.

- Klare Kommunikationszeiten: Begrenzung der schulischen Kommunikation außerhalb der Unterrichtszeiten, insbesondere keine verpflichtende Kommunikation am Abend, um eine klare Trennung von Schule und Freizeit zu ermöglichen.

- Ruheräume: Einrichtung von Rückzugs- und Ruheräumen an Schulen, die im Schulalltag zur Entspannung genutzt werden können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Demokratie in der Schule und ihrem Umfeld

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Demokratie in der Schule und ihrem*
2 *Umfeld" mit folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Demokratie ist für unsere Gesellschaft enorm wichtig, da sie ein essentieller
4 Bestandteil für die Gleichberechtigung aller und somit die Basis für ein gutes
5 Leben ist. Auch in der Schule sollte Demokratie gelebt und gefördert werden.
6 Besonders wichtig ist dabei die niedrigschwellige Beteiligung aller an Schule
7 beteiligten Personen sowie die Unterstützung von Minderheiten.

8 Auf schulischer Ebene fordern wir daher insbesondere die Stärkung der
9 Schüler:innenvertretungen. Dazu zählen die Unterstützung der SVen durch
10 (Verbindungs-)Lehrkräfte für die Stärkung ihrer Strukturen, bei der Ausführung
11 ihrer Arbeit, sowie die niedrigschwellige Beteiligung der Schülerinnen und
12 Schüler bei allen sie betreffenden Themen. Auch benötigt es Anlaufstellen, bei
13 denen die SVen die Möglichkeit haben, sich über ihre Rechte und
14 Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Des Weiteren soll die Mitarbeit für
15 die Schüler:innenschaft attraktiver gestaltet werden, indem es Formen der
16 Aufwandsentschädigung wie Stundenbefreiungen oder Ähnliches für SV-Mitglieder
17 gibt. Auch muss durch die Schule regelmäßig für eine Beteiligung geworben und
18 entsprechendes Infomaterial bereitgestellt werden.

19 Die SVen der Schulen sollen ein Statut besitzen, in welchem die Prozesse der SV
20 strukturiert und demokratisch geregelt sind. Als Vorlage dafür eignet sich das
21 Musterstatut der KSV Pinneberg.

22 Für eine Gleichbehandlung und Einheitlichkeit aller SVen fordern wir

einheitliche und zentral bereitgestellte E-Mail-Adressen für die SVen der einzelnen Schulen. Auch soll es den SVen möglich sein, soziale Medien zu nutzen, um eine größere Masse an Menschen zu erreichen.

Damit die SVen der Schulen ihrer Arbeit ordentlich nachgehen können und sich für die Belange der Schülerschaft einsetzen bzw. deren Schulalltag nachhaltig verbessern können, benötigt es eine ausreichende Finanzierung durch die Schulträger oder sonstige Zuschüsse, etwa durch den Kreis.

Um die Demokratie an Schulen allgemein zu fördern, soll es regelmäßig Informationen zu Demokratie sowohl im schulischen als auch außerschulischen Kontext geben. Darüber hinaus fordern wir die Veranstaltung von Podiumsdiskussionen an Schulen für eine Darstellung verschiedener Ansichten zur Förderung der Meinungsbildung.

Das KSP positioniert sich klar gegen den Rechtsextremismus und fordert daher, keine vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Verdachtsfall bzw. als rechtsextrem eingestufte Parteien zu schulischen Veranstaltungen einzuladen.

Auf Kreisebene soll es unter dem Dach der KSV einen Raum für Austausch und Vernetzung zwischen den SVen auf kommunaler Ebene geben. Dafür soll es wenn möglich jährliche SV-Vernetzungstreffen geben. Ziel ist es außerdem, dass von jeder Schule zwei Schüler:innen für die Ämter der Delegierten zum Kreisschüler:innenparlament benannt werden. Diese sollen an den Palramenten teilnehmen und die Informationen an die Schüler:innenschaft der eigenen Schule weitergeben.

Die SVen sollen durch die KSV bei der Ausführung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Auch soll die KSV Hilfestellungen für die Strukturierung der schulischen SVen geben.

Auch auf Kreisebene sollen die Schüler:innen an allen für sie relevanten Entscheidungen verpflichtend beteiligt werden, um eine Interessenvertretung sicherzustellen. Dazu zählen auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der KSV und der Kreisverwaltung und dem Kreistag.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Räumlichkeiten

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Räumlichkeiten" mit folgenden Inhalten*
2 *zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Schule muss ausreichend Platz und Räumlichkeiten für einen angenehmen
4 Schulalltag enthalten. Hierfür ist insbesondere die inklusive Planung relevant,
5 um allen Schüler:innen, unabhängig von körperlichen Einschränkungen, einen
6 gleichwertigen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Dazu zählen sowohl der
7 barrierefreie Zugang zu allen Unterrichtsräumen, z.B. durch Aufzüge, als auch
8 Technologien und Maßnahmen für jede andere Form der Einschränkung. Außerdem
9 sollten verpflichtend Schüler:innen bei der Planung neuer Gebäude eingebunden
10 werden, um die Räumlichkeiten lernförderlich zu gestalten und sie an die
11 Bedürfnisse der Schule und der Schüler:innen anzupassen.

12 Eine Schule muss über genügend Aufenthaltsmöglichkeiten mit Tischen und Stühlen
13 für Schüler:innen verfügen, wo sie sich während einer Freiarbeit, in
14 Mittagspausen oder Freistunden aufhalten können. Dies muss sowohl Orte, an denen
15 sie in Ruhe arbeiten können, aber auch Plätze zum Zusammenkommen und Unterhalten
16 beinhalten. Optimal gibt es verschiedene Arten von Gemeinschaftsräumen, in denen
17 sich Jahrgänge oder Jahrgangsgruppen separiert aufhalten können, aber auch
18 Möglichkeiten zum gemeinschaftlichen Zusammenkommen. Diese Räume sollten nicht
19 nur mit ausreichend Tischen und Stühlen, sondern auch mit Sofas und Sitzsäcken
20 für eine gemütliche Atmosphäre ausgestattet sein. In Arbeitsräumen sollte es zur
21 Verfügung gestellte Recherchemöglichkeiten, z.B. in Form von Schulcomputern,
22 geben, um in Freistunden effizient und unterstützend arbeiten zu können.

23 Des Weiteren sollte die Schule über eine Schulbibliothek verfügen, die sowohl

Fachliteratur zu Recherche- und Lernzwecken, Unterhaltungsliteratur für alle Jahrgänge mindestens auf Deutsch und Englisch und Arbeitsplätze zum stillen Arbeiten anbieten sollte.

Einen Raum für die Schüler:innenvertretung muss es in jeder Schule geben. Dieser ist ausgestattet mit einem Computer mit Internetzugang sowie einem dauerhaft funktionsfähigen Drucker. Des Weiteren muss es möglich sein, ein Kopiergerät zu benutzen. Außerdem sollten neben einem Tisch und Stühlen auch Möglichkeiten zum Entspannen, wie Sofas oder Sitzsäcke gegeben sein sowie Tafeln oder Pinnwände für die optimale Arbeitsweise. Der Raum sollte zentral liegen, sodass er von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften gut zu erreichen ist. Es sollte auch eine Möglichkeit geben analog mit der SV kommunizieren zu können, wenn diese gerade nicht im SV-Raum anzutreffen ist. Deshalb muss dieser über einen Briefkasten verfügen oder es muss ein Postfach für die SV im Sekretariat geben.

Die Schule muss über saubere Toiletten und mindestens eine Unisextoilette verfügen. Allen Personen der Schulgemeinschaft sollte die Möglichkeit gegeben sein, Hygieneartikel wie Binden und Tampons jederzeit kostenfrei innerhalb der Schultoiletten zu erhalten. Den Schulen sollen vom Schulträger geldliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Menstruationsartikel zu finanzieren. Diese Mittel dürfen ausschließlich zum genannten Zweck genutzt werden.

Zu einer guten Lernatmosphäre gehört auch ein anständiger Außenbereich, um weiteren Raum innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu schaffen. Auf dem Schulhof sollte es deshalb mehrere Sitz- und Arbeitsmöglichkeiten geben, um eine Arbeitsphase bei gutem Wetter auch nach draußen verlegen zu können, da dies einen guten Ausgleich schafft. Außerdem sollte jede Schule über ein grünes Klassenzimmer verfügen, was ein Bereich draußen ist, in dem eine gesamte Klasse unterrichtet werden kann. Der Schulhof und auch das Schulgebäude sollten ausreichend begrünt sein. Außerdem muss es auf dem Schulhof verschiedene Möglichkeiten geben, in den Pausen einen sportlichen oder anderweitigen Ausgleich zum Unterricht zu bekommen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: individuelle Förderung

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "individuelle Förderung" mit*
2 *folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Die Kreisschüler:innenvertretung Pinneberg ist überzeugt, dass jede Schülerin
4 und jeder Schüler unterschiedliche Stärken, Interessen und Lernvoraussetzungen
5 mitbringt. Deshalb setzen wir uns für eine individuelle Förderung ein, die
6 sowohl leistungsschwächere als auch besonders leistungsstarke Schülerinnen und
7 Schüler angemessen unterstützt. Ziel sollte es sein, allen jungen Menschen im
8 Kreis die Möglichkeit zu geben, ihre Potenziale bestmöglich zu entfalten.
9 Hierfür bedarf es differenzierter Lernangebote, einer zeitgemäßen
10 Unterrichtsgestaltung sowie ausreichender personeller und finanzieller
11 Ressourcen an den Schulen.

Begründung

erfolgt mündlich

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Inklusion

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Inklusion" mit*
2 *folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Die Kreisschüler:innenvertretung Pinneberg setzt sich für ein inklusives
4 Bildungssystem ein, das allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von
5 körperlichen, geistigen, sozialen oder sprachlichen Voraussetzungen eine
6 gleichberechtigte Teilhabe am Schulleben ermöglicht.

7 Inklusion sollte als eine grundlegender Auftrag aller Schulen im Kreis
8 darstellen. Dazu gehören barrierefreie Lern- und Aufenthaltsräume, eine
9 angemessene personelle und materielle Ausstattung sowie eine Schulkultur, die
10 Vielfalt als Bereicherung begreift und Diskriminierung entschieden
11 entgegentritt.

Begründung

erfolgt mündlich

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: GP: Integration

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Integration" mit*
2 *folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:*

3 Die Kreisschüler:innenvertretung setzt sich für eine Schule ein, die
4 gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und allen Schülerinnen und Schülern
5 unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Sprache
6 oder kulturellem Hintergrund die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen
7 eröffnet. Integration bedeutet für uns, die aktive Teilhabe am schulischen und
8 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und interkulturelles Verständnis zu
9 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen im Kreis Orte des respektvollen
10 Miteinanders sind, an denen demokratische Werte gelebt und gegenseitige
11 Wertschätzung vermittelt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Initiativantrag

Initiator*innen: Meik Bilmann (Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium)

Titel: Mehr Demokratie im Abwahlverfahren

Antragstext

1 *Das KSP möge beschließen, den Abschnitt mit folgenden Inhalt aus der Satzung zu*
2 *streichen:*

3 "7. Den KreVo-Mitgliedern ist es gestattet, einen internen Antrag zur
4 Suspendierung

5 eines Mitgliedes einzubringen, der zur Annahme die Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der

6 Mitglieder des KreVos inklusive der Stimme der:des KSS bedarf. Es müssen
7 sachlich eindeutige Gründe vorliegen, um einen solchen internen Antrag zu
8 stellen und darüber zu beschließen. Im Voraus müssen intensive Beratungen mit
9 der Kreisverbindungslehrkraft stattgefunden haben."

10 stattdessen wird der folgendes der Satzung hinzugefügt:

11 1. "Ein Mitglied des Vorstandes, der:die KSS oder ein:e stv. KSS kann durch
12 das KSP mit der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten, anwesenden
13 Delegierten abgewählt werden.

14 2. Die Abwahl wird nach demselben Verfahren behandelt wie Anträge. Sowohl die
15 Person, welche die Abwahl initiiert, als auch die Person, die abgewählt
16 werden soll, haben die Möglichkeit, die Abwahl zu begründen
17 beziehungsweise sich zu verteidigen und Fragen gestellt zu bekommen.

18 3. Hier auch Redebeiträge, welche keine Fragen darstellen zulässig."

Begründung

erfolgt mündlich